

# Protokoll

über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen am Montag, 12.03.2012, 17:00 Uhr, im Rathaus I, großer Sitzungssaal, Windallee 4, 26316 Varel.

## Anwesend:

Ausschussvorsitzender:	Lars Kühne
stellv. Ausschussvorsitzender:	Bernd Redeker
Ausschussmitglieder:	Sascha Biebricher Heinz Peter Boyken Dr. Susanne Engstler Jörn Kickler Bernd Köhler Alfred Müller Jörg Weden
stellv. Ausschussmitglieder:	Djure Meinen
Ratsmitglieder:	Rudolf Böcker Jürgen Bruns Iko Chmielewski Hergen Eilers Abbes Mahouachi Georg Ralle Raimund Recksiedler (zeitweise) Ingrid Schuster
Bürgermeister:	Gerd-Christian Wagner
von der Verwaltung:	Dirk Heise Meike Knop Jens Neumann Rainer Rädicker Hans-Dieter Vogel (zeitweise)

## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Tagesordnung
- 2 Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen vom 09.02.2012
- 3 Einwohnerfragestunde

- 4 Anträge an den Rat der Stadt
- 4.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Varel für das Haushaltsjahr 2012
- 4.2 15. Haushaltssicherungskonzept der Stadt Varel
- 4.3 Jahresrechnung 2010 der Grosse-Stiftung
- 5 Stellungnahmen für den Bürgermeister  
ohne Tagesordnungspunkt
- 6 Zur Kenntnisnahme
- 6.1 Bericht der Wirtschaftsförderung

## **Protokoll:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Tagesordnung**

Ausschussvorsitzender Ratsherr Kühne eröffnet die Sitzung und stellt die Tagesordnung fest.

#### **2 Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen vom 09.02.2012**

Das Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen vom 09.02.2012 wird einstimmig genehmigt.

#### **3 Einwohnerfragestunde**

Eine Einwohnerfragestunde findet mangels Wortmeldungen nicht statt.

#### **4 Anträge an den Rat der Stadt**

##### **4.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Varel für das Haushaltsjahr 2012 Vorlage: 097/2012**

Den Mitgliedern des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen wurde mit der Einladung der überarbeitete Entwurf des Haushaltsplanes unter Einbeziehung der in den Haushaltsberatungen erarbeiteten Änderungen übersandt. Die Verwaltung erläutert die wesentlichen Änderungen zum ersten Entwurf aus der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen vom 09.02.2012.

In den Beratungen konnte der Ergebnishaushalt um rund 850.000 EUR verbessert werden, die jedoch durch eine nicht erwartete Minderung der prognostizierten

Gewerbesteuereinnahmen für das Jahr 2012 um rund 700.000 EUR weitestgehend aufgezehrt wurden. Der Ergebnishaushalt schließt danach mit einem Fehlbetrag von 6.638.900 EUR.

Durch Veränderungen im Investitionshaushalt konnte die Kreditaufnahme um rund 1.300.000 EUR auf 2.374.500 EUR gesenkt werden. Nach Berücksichtigung aller Veränderungen schließt der Finanzhaushalt mit einem Fehlbetrag von 6.389.100 EUR.

Auf Nachfrage des Rats Herrn Boyken, ob es für die Stadt Varel eine rechtliche Verpflichtung zur KMU-Förderung gäbe, erläutert Erster Stadtrat Heise, dass hier keine rechtliche Verpflichtung zu Grunde läge, es aber ein verheerendes Signal an die Wirtschaft wäre, diese Mittel zu streichen. Die Stadt Varel müsse auch zukünftig als verlässlicher Partner der Wirtschaft zur Verfügung stehen. In Anbetracht der Haushaltslage wurde der Ansatz jedoch auf 50.000 EUR begrenzt. Auf die ergänzende Nachfrage zur Breitband-Förderung erläutert die Verwaltung, dass dafür 1.900 EUR eingeplant seien.

Rats Herr Chmielewski plädiert für Einsparungen im investiven Bereich, so insbesondere im Bereich des geplanten Dienstleistungszentrums des Landkreises sowie der Planungsleistungen für den Schlossplatz. Angesichts der finanziellen Situation der Stadt Varel seien derartige Maßnahmen nicht darstellbar, wenn im Gegenzug im Bereich der Kindergärten und Schulen Investitionen geschoben oder gestrichen würden. Dies sei sozial unausgewogen. Die Einrichtungen des Kreises seien bereits vor Ort, eine Investitionsbeteiligung für eine Bündelung der Einrichtungen an anderer Stelle der Stadt sei nicht einzusehen, da der Bürger davon keine Vorteile habe. Auch das Haushaltssicherungskonzept enthalte keine Einsparungen in Investitionsansätzen der Wirtschaftsförderung wie Stadtumbau West oder Anbindung Schützenwiese. Hier fordere die MMW-Fraktion, auch für diese Bereiche Prüfaufträge aufzunehmen. Stattdessen seien im Haushaltssicherungskonzept überwiegend und einseitig soziale Einschnitte als Prüfaufträge aufgeführt. Hier müsse im Interesse einer sozialen Ausgewogenheit nachgebessert werden.

Rats Herr Meinen sieht bei einem Ausstieg aus dem Projekt Dienstleistungszentrum das Problem, dass dort dann voraussichtlich in den nächsten Jahren nichts passiere. Bleibe man dabei, werde es in den kommenden Jahren viel Geld kosten. Im Bereich der Planungsleistungen solle möglichst wenig gespart werden, da Planung auch Minderausgaben in der Zukunft zur Folge haben könnten. So müsse im Rahmen der Brandschutzbedarfsplanung für die zukünftige Ausstattung der Feuerwehr ein Konzept vorliegen, das Hand und Fuß habe. Dem Haushaltssicherungskonzept fehle eine konkrete Richtungsangabe, so z. B. für den Schulbereich. Des Weiteren fehle die Betrachtung der Einnahmeseite. Angesichts der finanziellen Situation der Stadt Varel könne man es sich nicht länger leisten, nicht auch über Einnahmeverbesserungen nachzudenken. Hier müsse aus dem Rat ein deutliches Signal an die Bevölkerung gehen, dass man den Gürtel enger schnallen müsse. Den Haushalt und das Haushaltssicherungskonzept werde er heute ablehnen, da zu viele Entscheidungen nicht getroffen, sondern durch das Verschieben der Maßnahmen lediglich vertagt würden. Hier wäre hin und wieder ein klares Bekenntnis für oder gegen die einzelnen Maßnahmen wünschenswert gewesen. Dem Haushaltssicherungskonzept fehle es darüber hinaus an einer konkreten Richtungsangabe.

Rats Herr Müller sieht bei den Projekten Stadtumbau West und Schloßplatz noch erheblichen Beratungsbedarf. Zur Realisierung dieser Projekte und Folgeinvestitionen müssten erhebliche Mittel aufgewendet werden, deren Notwendigkeit man

der Bevölkerung angesichts einer Rekordkreisumlage und des Haushaltsdefizits erklären müsse. Hier müsse ein schlüssiges Konzept erarbeitet werden.

Ratsherr Bruns sieht die Probleme der Stadt nicht so sehr im investiven Bereich - hier sei man relativ bescheiden - sondern vielmehr in der Höhe der laufenden Kosten wie Kreisumlage, Personalkosten, Bauunterhaltung etc. Hier müsse an den Strukturen gearbeitet werden. Nach Abarbeitung der Konzepte und Prüfaufträge könne man beurteilen, was sich die Stadt Varel strukturell noch leisten könne. Bevor an die Einnahmeseite herangegangen werde, müsse man diese Hausaufgaben machen. Die Zuschüsse für Vereine und die freiwilligen Leistungen wurden in den Haushaltsberatungen bewusst nicht angetastet, da diese Mittel ohnehin bescheiden seien und vieles im kulturellen und sportlichen Bereich sowie in der Jugendarbeit in ehrenamtlicher Arbeit geprägt werde. Bei den Grundschulen habe man bewusst auf eine Gleichbehandlung geachtet, um den Eindruck einer präjudizierenden Wirkung zu vermeiden. Des Weiteren sei es in keiner Weise die Absicht, Bäder oder Kindergärten zu schließen, sondern vielmehr Optimierungsmöglichkeiten zu erarbeiten.

Ratsherr Eilers lobt die konstruktiven Haushaltsberatungen. Aufwendungen, die zwar wünschenswert, aber zum jetzigen Zeitpunkt finanziell nicht umsetzbar seien bzw. bei denen der Sinn noch nicht eindeutig erkennbar sei, wurden geschoben. Maßnahmen, die man sich insgesamt nicht mehr leisten könne bzw. bei denen es zum jetzigen Zeitpunkt nicht sinnvoll sei, die Gelder aufzuwenden, wurden ganz aus dem Haushaltsentwurf gestrichen. In den Prüfaufträgen und Konzepten zur Haushaltssicherung gehe es vorrangig darum, die Effizienz in der Aufgabenerledigung zu steigern. Erst wenn ein zu geringer Nutzen für die Bürgerinnen und Bürger den Einsatz der Steuergelder nicht mehr rechtfertige, gehe es auch um Leistungskürzungen.

Ratsherr Boyken plädiert ebenfalls für eine intensive Diskussion um den Stadtbau West. Alle Einrichtungen des Landkreises in Varel seien derzeit gut untergebracht, ein Verzicht auf diese Investition würde keinen Vareler Bürger treffen.

Bürgermeister Wagner lobt den konstruktiven Umgang in den Haushaltsberatungen. Der Stadtbau West sei dabei sicher das gravierendste Thema, diese Entscheidung müsse sorgfältig abgewogen werden. In Varel müsse jetzt die Zeit der Konzepte und der politischen Beschlüsse für die zukünftige Richtung der Stadt Varel beginnen. Die Stadtsanierung, die in den vergangenen Jahren sehr positiv umgesetzt wurde, sollte vernünftig zum Abschluss gebracht werden. Das Dienstleistungszentrum, geplant in der Trägerschaft der Wohnungsbaugesellschaft Friesland - einer Gesellschaft der Kommunen im Landkreis Friesland - wäre eine Einrichtung, die nicht nur dem Landkreis Friesland, sondern auch der Stadt Varel zugute käme. Mit einem Anteil der Stadt Varel von 445.000 EUR könne dieses Projekt angeschoben und mittels des diesen auslösenden Hebels von 2/3 diese Investition in der Stadt Varel realisiert werden. Das Konzept zum Eigenbetrieb Kurverwaltung Nordseebad Dangast sollte bei dieser Entscheidung als gutes Beispiel dienen, wie mit erfolgreichen Konzepten eine positive Entwicklung eingeleitet werden könne.

Ratsherr Böcker plädiert für die Realisierung des Dienstleistungszentrums. Die Stadt Varel werde von der Reaktivierung des Geländes noch erheblich profitieren. Hinsichtlich der angesprochenen Einnahmeverbesserungen sollte das Beispiel des Fördervereins für das Freibad als positives Beispiel genannt werden, wie auch auf freiwilliger Basis Gelder gesammelt werden könnten.

Ratsherr Redeker gibt hinsichtlich der Diskussion um den Stadtumbau West zu bedenken, dass die auf dem Kasernengelände vorhandenen Vermögenswerte durch den fortschreitenden Verfall der Gebäude zunehmend vernichtet würden. Zum Erhalt der noch vorhandenen Vermögenswerte sollte eine Reaktivierung des Kasernengeländes möglichst bald begonnen werden.

Ratsherr Boyken sieht dagegen den Bund in der Pflicht, die Vermögenswerte auf dem ehemaligen Kasernengelände zu erhalten.

Ratsherr Eilers stellt zu den gekürzten Investitionsansätzen im Grundschulbereich fest, dass die Funktionsfähigkeit der Grundschulen damit in keiner Weise beeinträchtigt sei. Vielmehr sollen die Investitionen nach Vorliegen des Grundschulkonzeptes wesentlich zielgerichteter eingesetzt werden. Bei einem Verzicht auf die Realisierung des Dienstleistungszentrums gehe man auch das Risiko ausbleibender Folgeinvestitionen ein, die anderenfalls eintreten könnten. Um langfristig einen Haushaltsausgleich zu erreichen, müsse man sehr zielgerichtet handeln und dürfe sich nicht nur einzelne Punkte herauspicken.

Ratsherr Köhler signalisiert seine Zustimmung zum Haushaltsplan und dem Haushaltssicherungskonzept, da die positiven Effekte der vergangenen Jahre fortgeführt würden und mit den im Haushaltssicherungskonzept aufgeführten Prüfaufträgen und Konzepten eine weitergehende Konsolidierung zu erwarten sei.

Ratsherr Boyken benennt weitere mögliche Einsparungen im Haushalt, die auf Vorschlag der Verwaltung von der Fraktion der Wählergemeinschaft Zukunft Varel schriftlich eingereicht und in der Sitzung des Verwaltungsausschuss am 15.03.2012 beraten werden.

**Beschluss:**

Die Haushaltssatzung der Stadt Varel für das Haushaltsjahr 2012 wird nebst dem Investitionsprogramm in der dieser Niederschrift anliegenden Fassung beschlossen. Die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung wird zur Kenntnis genommen.

**Mehrheitlicher Beschluss**

**Ja: 7 Nein: 3**

**4.2 15. Haushaltssicherungskonzept der Stadt Varel  
Vorlage: 098/2012**

Den Mitgliedern des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen wurde mit der Einladung der Entwurf des 15. Haushaltssicherungskonzeptes übersandt.

Die wesentlichen Inhalte des Haushaltssicherungskonzeptes werden von der Verwaltung erläutert.

Aussprache siehe TOP 4.1

**Beschluss:**

Das Haushaltssicherungskonzept 2012 der Stadt Varel in der Fassung der 15. Fortschreibung wird in der dieser Niederschrift anliegenden Fassung beschlossen.

**Mehrheitlicher Beschluss**

**Ja: 7 Nein: 3**

**4.3 Jahresrechnung 2010 der Grosse-Stiftung**  
**Vorlage: 090/2012**

Der Bürgermeister hat die Vollständigkeit und Richtigkeit der Jahresrechnung 2010 der Kommunalen Stiftung Grosse-Stiftung gem. § 19 Abs. 2 NStiftG in Verbindung mit den §§ 129 Abs. 1 und 131 Abs. 1 NKomVG festgestellt. Der Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes der Stadt Varel über die Prüfung der Jahresrechnung der Grosse-Stiftung wurde durch den Bürgermeister beantwortet. Ablichtungen des Schlussberichtes und der Stellungnahme des Bürgermeisters zu diesem Bericht sind dieser Niederschrift in der Anlage beigefügt. Das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Varel hat gegen eine Entlastungserteilung durch den Rat der Stadt Varel keine Bedenken.

**Beschluss:**

Die Jahresrechnung der Kommunalen Stiftung Grosse-Stiftung für das Haushaltsjahr 2010 wird gem. § 19 Abs. 2 NStiftG in Verbindung mit den §§ 129 Abs.1 und 131 Abs. 1 NKomVG beschlossen. Unter Bezugnahme auf den Entlastungsvorschlag des Rechnungsprüfungsamtes der Stadt Varel über die Prüfung der Jahresrechnung der Grosse-Stiftung für das Haushaltsjahr 2010 wird dem Bürgermeister vorbehaltlos Entlastung gem. § 19 Abs. 2 NStiftG in Verbindung mit den §§ 129 Abs.1 und 131 Abs. 1 NKomVG erteilt.

**Einstimmiger Beschluss**

**5 Stellungnahmen für den Bürgermeister**

ohne Tagesordnungspunkt

**6 Zur Kenntnisnahme**

**6.1 Bericht der Wirtschaftsförderung**  
**Vorlage: 112/2012**

Frau Meike Knop, Wirtschaftsförderin der Stadt Varel, gibt den Ausschussmitgliedern einen ausführlichen Bericht ihrer bisherigen Arbeit.

Der Tätigkeitsbericht ist dieser Niederschrift in der Anlage beigefügt.

Erster Stadtrat Heise appelliert an die Anwesenden, auch aus der Mitte des Rates

Anforderungen, Wünsche und Anregungen an die Wirtschaftsförderung heranzutragen.

Zur Beglaubigung:

gez. Lars Kühne  
(Vorsitzender)

gez. Jens Neumann  
(Protokollführer)